
Deutsche Hayek-Gesamtausgabe

Rezension von: Viktor Vanberg (Hrsg.),
Friedrich A. von Hayek, Wirtschaft,
Wissenschaft und Politik. Aufsätze zur
Wirtschaftspolitik, Band A6 der
„Gesammelten Schriften in deutscher
Sprache“, Verlag Mohr Siebeck,
Tübingen 2001, 283 Seiten, DM 108.

Neun Jahre nach dem Tod von F. A. Hayek (1899-1992) eröffnet der Verlag Mohr Siebeck mit einem Band, der Aufsätze zur Wirtschaftspolitik enthält, eine Ausgabe der gesammelten Schriften in deutscher Sprache. Die Ausgabe soll aus zwei Abteilungen mit zusammen zwölf Bänden bestehen. Die auf acht Bände geplante Abteilung A wird die Aufsätze Hayeks enthalten, die Abteilung B die „Bücher“, wobei nur vier Veröffentlichungen Hayeks als solche eingestuft werden (Der Weg zur Knechtschaft; Mißbrauch und Verfall der Vernunft; Die Verfassung der Freiheit; Recht, Gesetzgebung und Freiheit).¹

Diese Einteilung versteht sich insofern nicht von selbst, als einige selbständige Buchpublikationen Hayeks wie „Geldtheorie und Konjunkturtheorie“ (1929) oder „Prices and Production“ (1931) in der Abteilung Aufsätze erscheinen werden, andere wie „The Fatal Conceit“ (1988, dt. 1996), „The Pure Theory of Capital“ (1941) oder „The Sensory Order“ (1952) nicht in die gesammelten Schriften aufgenommen werden bzw. eine deutsche Übersetzung nicht geplant ist. Eine weitere Konsequenz der neuen Gesamtausgabe wird darin bestehen, daß die in bisherigen Sammlungen („Individualismus und wirtschaftliche Ordnung“, „Freiburger Studien“) enthaltenen Aufsätze Hayeks in Zukunft in anderer Zusammenstellung publiziert sein werden. Zahlreiche Aufsätze werden für die neue

Gesamtausgabe erstmals ins Deutsche übersetzt werden. Editionsprobleme könnten sich daraus ergeben, daß einzelne Aufsätze schon bisher in deutscher und englischer Sprache verfügbar waren, jedoch mit gewissen Abweichungen in der Textierung. In solchen Fällen werden editorische Erläuterungen, welche sich im ersten hier besprochenen Band auf ein absolutes Minimum beschränken, von ausführlicherer Art erforderlich sein.

Die deutschen „Gesammelten Schriften“ sind von deutlich geringerem Umfang als die seit 1988 in der University of Chicago Press erscheinende amerikanische Ausgabe der „Collected Works of F. A. Hayek“. Von den dort geplanten 22 Bänden sind bisher allerdings erst sieben erschienen.

Der Band A6, mit dem die gesammelten Werke Hayeks bei Mohr Siebeck eröffnet werden, enthält Aufsätze sowohl zu grundlegenden wie auch zu speziellen Fragen der Wirtschaftspolitik, der älteste aus dem Jahr 1928, der jüngste aus 1984. Die Aufsätze – häufig der Text von Reden und Vorträgen zu vielfältigen Anlässen – sind allesamt Interventionen in wirtschaftspolitische Diskussionen von praktischer Bedeutung. Sie zeigen Hayek als wortgewaltigen Advokaten der Marktwirtschaft in dem von ihm vertretenen spezifischen Sinn, und dabei gleichzeitig als unorthodoxen Denker, unorthodox sowohl in Hinsicht auf gängige wirtschaftspolitische Konzeptionen als auch in bezug auf die neoklassische Theorie.

Die beiden ältesten Aufsätze aus 1928 und 1930, also aus jener Zeit, als Hayek Leiter des neu gegründeten Instituts für Konjunkturforschung war, beschäftigen sich mit den Auswirkungen des Mieterschutzes in Österreich. Das Hauptaugenmerk Hayeks gilt dabei den allokativen Verzerrungen und ihren vielfältigen Auswirkungen, welche mit der Dauer der Beibehaltung der Festschreibung der Mieten auf dem Vorkriegsniveau immer weiter zunehmen. Während

die Sozialdemokraten den Mieterschutz vor allem aus sozialpolitischen Gründen verteidigten, wurde er auch von den bürgerlichen Parteien, die die Mehrheit im Parlament hatten, nicht angetastet, wobei von dieser Seite die ausfuhrfördernde Wirkung niedriger Mieten betont wurde, da diese den Lohn niedrig hielten und so die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhöhten. Dieses Argument anerkennt Hayek in keiner Weise, da er bezweifelt, daß die Gewerkschaften eine Erhöhung der Mieten ohne weiteres durch Lohnerhöhungen kompensieren könnten. Überraschenderweise erörtert Hayek auch makroökonomische Aspekte einer Aufhebung des Mieterschutzes und verkennet dabei deren negative Auswirkungen keineswegs. Durch eine verminderte Kaufkraft der Mieter und eine erhöhte Kaufkraft der Hausbesitzer kommt es zu einer „Überleitung der Nachfrage von bestimmten Gruppen von Konsumgütern auf andere ... Zweifellos würde eine solche Verschiebung der Nachfrage, wenn sie sich als Folge einer plötzlichen starken Erhöhung der Mietzinse in kurzer Zeit vollzöge, eine schwere Störung der gesamten Wirtschaft bedeuten.“ (S. 202) Bei der Lösung des Problems plädiert Hayek – ungewohnt pragmatisch – für eine behutsame Vorgangsweise. „Denn die Überzeugung, daß ein freier Wohnungsmarkt an sich das Wünschenswerte ist, heißt natürlich noch lange nicht, daß heute eine fristlose Aufhebung des Mieterschutzes der zweckmäßigste Weg zu diesem Zustand ist.“ (S. 221) Anstelle der Hayek zu einschneidend erscheinenden schrittweisen Anhebung aller Mietzinse schlägt er u.a. vor, „den Mieterschutz von einer dinglichen Belastung des Wohnraumes in ein persönliches Recht des Mieters zu verwandeln“ (S. 222) und für frei werdende Wohnungen eine freie Mietzinsbildung zuzulassen, wodurch allmählich ein freier Wohnungsmarkt wieder etabliert werden könne. Eine solche Regelung wurde vierzig Jahre später von der Regierung Klaus

umgesetzt, in den siebziger Jahren allerdings wieder modifiziert.

Bemerkenswert sind die sehr pragmatischen Problemlösungsvorschläge in der Frage der Mietpreisbildung Hayeks auch deshalb, weil er hier in einem Gegensatz zu seinem Mentor Ludwig Mises steht. Sozialpolitisch motivierte Eingriffe in die Marktpreisbildung hatte Mises nicht nur aus wohlfahrtstheoretischen Gründen abgelehnt, er glaubte dahinter eine Strategie des „Destruktionismus“² zu erkennen, der durch Aushöhlung und Entwertung der Eigentumsrechte eine kapitalistisch-rationale Wirtschaftsführung zunehmend unmöglich machen und so einen schleichenden Übergang zum Sozialismus herbeiführen würde. In späteren Schriften hat sich Hayek – wenn auch in anderem Zusammenhang – ähnlicher Gedankengänge durchaus bedient, während seine frühen wirtschaftspolitischen Beiträge keine Unterstellungen dieser Art enthalten.

In dem Aufsatz „Die Aktiengesellschaft in einer demokratischen Gesellschaft: In wessen Interesse sollte sie und wird sie geführt werden“ aus 1960 tritt Hayek dafür ein, daß Aktiengesellschaften einzig dem Ziel verpflichtet sein sollen, den höchsten langfristigen Kapitalertrag zu erzielen, und nicht im Interesse des Managements, der Arbeitnehmer des Unternehmens oder allgemein „der Öffentlichkeit“ geführt werden soll (S. 46f). Als wichtigste Argumente führt Hayek die Verselbständigung der Kapitalgesellschaft gegenüber den Eigentümern, deren Vermögen sie treuhändig verwalten, und die Fehlallokation der Ressourcen an, da es durch Gewintheaurierung zur Bildung übermäßig großer Konzerne durch Maximierung des Umsatzes an Stelle des Gewinnes kommt. Als Gegenmittel bringt Hayek die Verpflichtung zur Ausschüttung des gesamten Gewinnes und die Beschränkung des Stimmrechts auf natürliche Personen in Diskussion, welche den Aufbau von Großkonzernen durch das Eingee-

hen von Schachtelbeteiligungen unterbinden könnte. Hayeks Bedenken gegen diese Tendenzen sind primär davon motiviert, daß solche Gebilde allzu leicht einer immer stärkeren staatlichen Kontrolle bis hin zur Sozialisierung unterworfen werden könnten. Bedenklich findet er aber auch „eine Ausweitung der Befugnisse des Managements von Aktiengesellschaften in kulturellen, politischen und moralischen Fragen“ (S. 58). Der kritische Gehalt dieser Aussage ist heute sicher nicht geringer als zur Zeit der Entstehung des Aufsatzes, der den theoretischen Apologeten des heutigen Finanzmarktkapitalismus kaum bekannt sein dürfte.

Die meisten der im Band A6 publizierten Aufsätze beschäftigen sich mit den Themen Inflation oder/und Interventionismus in der Wirtschaftspolitik. Von den ersten Aufsätzen aus den Jahren 1947 und 1950 an hat Hayek das Konzept der „Vollbeschäftigungspolitik“ in Frage gestellt und bestritten, daß man durch Geldmengen- und Kreditexpansion auf Dauer Vollbeschäftigung erhalten könne. Es ist hier nicht möglich, auf Hayeks einzelne Argumente im Lichte der Inflationstheorien der sechziger und siebziger Jahre einzugehen. Die von Hayek immer wieder vorausgesagten negativen Wirkungen der Inflation hielten sich etwa zwei Jahrzehnte lang in kontrollierbaren Grenzen, bis in den siebziger Jahren die Inflation weltweit außer Kontrolle geriet und in der Folge unter bedeutenden Opfern an Arbeitslosigkeit wieder auf ein tragbares Ausmaß reduziert wurde. Ob Hayek die nunmehr seit über einem Jahrzehnt herrschende Doktrin vom „nichtinflationären“ Wirtschaftswachstum billigen würde, erscheint aber mehr als fraglich. Denn er trat für ein Konstanthalten bzw. für Zunahme der Geldmenge im Ausmaß der realen Produktionssteigerung ein. Bei einer solchen Politik würden allerdings deutlich mehr Unternehmungen und Löhne der betroffenen Arbeitnehmer vom Preissenkungsdruck erfaßt werden, als dies bei einem mittleren

Inflationsziel von 2 bis 3 Prozent der Fall ist, wie es heute der Geldpolitik der EZB und des Federal Reserve Board zugrunde liegt. Hayek hat Recht behalten mit seiner grundsätzlichen Kritik an einer „inflationistischen Vollbeschäftigungspolitik“. Daraus folgt jedoch nicht die Richtigkeit des Postulats der absoluten Preisstabilität. Die herrschende wirtschaftspolitische Praxis geht davon aus, daß die von Hayek so stark in den Vordergrund gestellten Gefahren der Selbstbeschleunigung und der Fehlallokation der Ressourcen bei einer maßvollen Inflation im genannten Ausmaß unter Kontrolle gehalten werden können.

Ähnlich wie Schumpeter³ sah Hayek in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die Inflation als potentielle Ursache immer stärkerer wirtschaftspolitischer Eingriffe in das Marktgeschehen, die letztlich zu Planwirtschaft und Sozialismus führen würden. Obwohl sich diese Tendenz, zu der in der engeren Nachkriegszeit zweifellos Ansätze vorhanden waren – z.B. während der ersten Labour-Regierung in Großbritannien – in den fünfziger Jahren nicht fortsetzte, sondern im Gegenteil die Demontage der Planungssysteme begann, ging Hayek in den nächsten Jahrzehnten nie davon ab, in verschiedensten Formen der Intervention Schritte zu einer zentralen Planwirtschaft zu sehen. So wandte er sich in einem 1963 gehaltenen Vortrag gegen die auf der Harrod-Domar'schen Wachstumstheorie aufbauende Idee einer „planmäßigen Bestimmung der Kapitalbildungsrate“: „... ist zu erwarten, daß sich in einem solchen System die Marktwirtschaft auch dauernd hält? Oder führt es nicht notwendig zu einer schrittweisen Ersetzung der Marktwirtschaft durch eine Zwangsverwaltungswirtschaft? Es ist manchmal schwer, den Eindruck zu vermeiden, daß die Befürworter der staatlichen Lenkung der Kapitalbildung nicht wenig von dem Hintergedanken beeinflußt werden, damit indirekt einer planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung zuzusteuern.“ (S. 110)

Ähnliche Gefahren sah Hayek im Zusammenhang mit kollektivvertraglicher Lohnfestsetzung, Einkommenspolitik, Pensionsversicherung, steuerlicher Umverteilung u.a. Theoretisch ist eine solche Gefahr nicht völlig von der Hand zu weisen. Aber es verwundert doch, daß Hayek sich nie die Frage gestellt hat, wieso der Interventionismus in den fast fünfzig Jahren, die Hayek nach dem Zweiten Weltkrieg miterlebte, in keinem einzigen westlichen Land in ein System der umfassenden Planwirtschaft umgeschlagen ist. An dieser Tatsache so konsequent vorbeizusehen ist bei jemandem, der sich so intensiv mit dieser Problematik beschäftigt, erklärungsbedürftig. In seiner Freiburger Antrittsvorlesung (1962) gibt Hayek einen Grund für die oft äußerst beharrlich anmutende Realitätsferne seiner theoretischen Konstruktionen für die Wirtschaftspolitik. Viel verdanke er dem Umstand, daß er den größeren Teil seines Lebens als Lehrer und Forscher im Ausland verbracht habe.

„Wenn es mir gelungen ist, während dieser Zeit ein einigermaßen geschlossenes System wirtschaftspolitischer Ansichten zu entwickeln, so verdanke ich das nicht zuletzt dem Umstand, daß ich mich auf die Rolle des Beobachters beschränken konnte, nie fragen mußte, was im Augenblick politisch möglich war oder irgendeiner Gruppe, mit der ich verbunden war, nützen konnte.“ (S. 79)

Das kritische Potential der Hayek'schen Ökonomie gegenüber der Neoklassik, seine von letzterer grundverschiedene Sicht des wirtschaftlichen Prozesses kommt in den Aufsätzen zur Wirtschaftspolitik nur sporadisch zum Ausdruck. Das Erscheinen der ‚Gesammelten Schriften‘ – ein der Bedeutung des Autors angemessenes Projekt, das hoffentlich in vernünftiger Zeit zu einem Abschluß gebracht werden kann – wird neue Anreize und Gelegenheiten bieten, die Möglichkeiten von Hayeks Ansatz auch in neue Richtungen hin auszuloten.

Günther Chaloupek

Anmerkungen

¹ Siehe dazu den ausführlichen Verlagsprospekt „Friedrich A. von Hayek, Gesammelte Schriften in deutscher Sprache“ (1999), der eine vorläufige Liste aller aufzunehmenden Titel von Aufsätzen und Büchern enthält.

² Mises (1922) 447ff.

³ Schumpeter (1950).

Literatur

- Mises, Ludwig von, *Die Gemeinwirtschaft* (Jena 1922).
 Schumpeter, Joseph A., *The March into Socialism*, in: *American Economic Review* 40/2 (1950).